

Initiativantrag zur 26. Landesdelegiertenversammlung des EAK Nordrhein-Westfalen am 1.12.2012 in Bielefeld

Das Leben, unser höchstes Gut, ist uns von Gott geschenkt.
Es liegt in Gottes Hand, sein Anfang genauso wie sein Ende, unser Tod.

Unsere Aufgabe als Christen ist es, schwerkranke sterbende Mitmenschen in ihrer letzten Lebenszeit würdig zu begleiten, ihre Leiden zu mildern, Schmerzen zu lindern und ihren Tod nicht unter Qualen hinauszuzögern. Von Ärzten und Pflegenden ist ebensolches Handeln und ebensolche Fürsorge für den ihnen anvertrauten sterbenden Menschen zu erwarten. Niemand darf Hand an ihn legen, um ihn bewusst und willentlich zu töten!

Im medizinischen Bereich ist vor allem eine Weiterentwicklung und ein Ausbau der Palliativmedizin notwendig, damit allen Menschen die Möglichkeit, in Würde zu sterben, gegeben ist. Die Erfahrungen und Möglichkeiten der Hospizbewegung müssen verstärkt auch in die stationäre Pflege und Betreuung in Krankenhäusern und Altenheimen eingebracht werden.

Der EAK Nordrhein-Westfalen begrüßt die Initiative zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Strafbarkeit der gewerbsmäßigen Förderung der Selbsttötung ausdrücklich. Auf dieser Basis darf es keine Geschäftsmodelle geben. Noch besser wäre es, alle Formen der organisierten Beihilfe zum Suizid mit einzubeziehen, auch die, denen keine Gewinnerzielungsabsicht nachzuweisen ist.

Die im Einzelfall schweren Entscheidungen von Sterbenden und ihren Angehörigen bleiben in diesem Gesetzentwurf auch weiterhin straffrei. Keinesfalls aber darf diese passive Hilfe beim Suizid auf den Kreis der den Sterbenden behandelnden Ärzte und Pfleger ausgeweitet werden! Diese Möglichkeit ist im vorliegenden Gesetzentwurf aber durch teilweise unpräzise Formulierung durchaus gegeben.

Der EAK Nordrhein-Westfalen empfiehlt daher Entwicklungen nach Inkrafttreten des Gesetzes sorgfältig zu beobachten, und gegebenenfalls auch Nachbesserungen in Betracht zu ziehen. Jegliche Form der Begleitung sterbender Menschen muss für uns Christen immer lebensorientiert sein, Palliativmedizin und Hospizbewegung müssen, auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung in unserem Land, umfassend und nachhaltig gestärkt werden.